

35 Jahre Atom-Gau Tschernobyl: Mit jedem Tag wächst das Risiko

BN fordert sofortigen und vollständigen Atomausstieg

Anlässlich 35 Jahre Atom-Gau in Tschernobyl fordert der BUND Naturschutz einen sofortigen und vollständigen Atomausstieg und einen klaren Einsatz von CSU und der bayerischen Staatsregierung gegen jegliche Förderung der Atomenergie. „Leider lehnte die Bundestagsmehrheit mit den Stimmen der bayerischen CSU- und FDP - Bundestagsabgeordneten schon in 2012 einen Austritt Deutschlands aus dem Euratom-Vertrag zur Förderung der Kernenergie ab. Ebenso gibt es keinen Protest aus Bayern gegen die aktuell beschlossene Förderung des atomaren Versuchsreaktor ITER mit über 5 Milliarden Euro“, kritisiert BN Landesvorsitzender Richard Mergner. Gleichzeitig appelliert der BUND Naturschutz an Ministerpräsident Markus Söder sich entschiedener gegen den Bau eines weiteren Atomreaktors im tschechischen Dukovany und die Inbetriebnahme des slowakischen Problemreaktors Mochovce 3 einsetzen. „Die immer noch messbare Verstrahlung bayerischen Waldbodens durch den Fallout von Tschernobyl muss zu politischen Konsequenzen führen“, so Mergner.

Am 26. April 1986 explodierte Block 4 des Atomkraftwerks Tschernobyl. Der BN hat sich damals massiv gegen die Verharmlosungsstrategie von CSU und Staatsregierung eingesetzt, eigene Messungen der Radioaktivität durchgeführt und die Bevölkerung gewarnt. Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe sind bis heute auch in Bayern messbar. Bestimmte Pilze und Wildarten, insbesondere in Südostbayern, weisen überhöhte Radioaktivität auf und sollten nicht verzehrt werden. Trotz der Langzeitfolgen und des Wissens um die tödlichen Gefahren bedroht Atomkraft 35 Jahre nach Tschernobyl und zehn Jahre nach Fukushima noch immer Mensch und Natur. Auch in Deutschland und Europa, direkt vor unserer Haustür. So stellen auch die Atomkraftwerke Gundremmingen C und Isar 2 weiter ein erhebliches Sicherheitsproblem dar. Der BUND Naturschutz fordert daher einen sofortigen und vollständigen Atomausstieg.

Landesfachgeschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 26.04.2021
PM 046/21 LFG
Energie

Edo Günther, Vorsitzender des BUND Arbeitskreises Atomenergie und Strahlenschutz: „Ein Super-GAU ist jederzeit möglich. Dieses permanente Risiko hat unsere Gesellschaft nie akzeptiert. Doch auch hierzulande ist die Gefahr nicht gebannt. Die letzten Reaktoren, zu denen auch Isar 2 gehört, werden erst Ende 2022 abgeschaltet. Dabei erhöht jeder Tag das Risiko. Und selbst nach dem Atomausstieg befeuert Deutschland weiterhin das nukleare System, denn die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen laufen unbefristet weiter. Die Zwischenlager- und Rückbaufragen sind keineswegs gelöst. Dabei ist vollkommen klar: Es braucht einen kompletten Atomausstieg in Bayern, Deutschland und weltweit. Anstatt auf hochgefährliche Technologien zu setzen, sollte die Bundesregierung endlich den notwendigen naturverträglichen Ausbau Erneuerbarer Energien vorantreiben.“

Der Super-GAU von Tschernobyl

Am 26. April 1986 meldeten die internationalen Presseagenturen einen Unfall im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl. Nach einer kurzen Phase der Verharmlosung wurde relativ schnell das katastrophale Ausmaß der Havarie klar. Das radioaktive Inventar von Block 4 des AKW Tschernobyl wurde freigesetzt und von wechselnden Winden über weite Teile Europas verteilt, die Auswirkungen waren erschreckend. Sie führten zu Schutzmaßnahmen bis hin zu Katastrophenalarmen weit entfernt von der Unglücksquelle. Lebensmittel, die dem radioaktiven Fallout ausgesetzt waren, wurden massenweise entsorgt. Höchst belastet sind nach wie vor Regionen in Skandinavien und im südlichen Bayern. Bei den Rettungsarbeiten starben Hunderte von sowjetischen Soldaten. An den Spätfolgen leiden und sterben noch heute diese so genannten Liquidatoren. Die Opfer in der Zivilbevölkerung, die an verschiedensten Krebserkrankungen starben oder noch leiden und die nachgeborenen Kinder, die krebskrank oder behindert auf die Welt kamen und kommen, können nur geschätzt werden, da eine genaue Erfassung von den staatlichen Organisationen nicht erfolgte und auch heute noch nicht erfolgt. Dabei werden Opferzahlen zwischen einigen 10.000 Menschen und einigen 100.000 Menschen genannt.

Für Rückfragen: BN-Landesbeauftragter Martin Geilhufe, 01727954607

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 26.04.2021

PM 046/21 LFG

Energie